

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846

19 (5.12.1846)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1846 im Umfang des Großherzogthums 42 Kreuzer durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 19.

Karlsruhe, Samstag den 5. December.

1846.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Fabel.

Mannheim, bei G. Hoff.

Ankündigung.

Die Rundschau wird im Jahre 1847 nicht aufhören, sondern fortfahren, so wie bisher zu erscheinen. Dazu bestimmt uns sowohl die Aufforderung der Freunde, als die Lage der Dinge. Ein Volksblatt, welches sogleich bei seinem Entstehen große Verbreitung gefunden, freiwillig eingehen zu lassen, ohne etwas Besseres an seine Stelle zu setzen, das wäre ein Fehler, den wir nicht machen wollen. Die Sache eines freien, starken Bürgerthums, welcher wir dienen, ist zwar eine sehr gute, auf ihrem Siege beruht das Wohl des Vaterlandes; aber sie hat bis jetzt erst in den Geistern gesiegt, in der Wirklichkeit hat sie noch die wesentlichsten Lebensbedingungen, wir nennen nur die freie Presse, zu erringen; sie bedarf der Kräfte aller Getreuen, um in den Einrichtungen der Gesellschaft eben so wie in dem Kampfe der Geister den Preis davon zu tragen. —

Sieht man die Blätter der Gegner an, so sollte man freilich glauben, wir hätten nichts mehr zu thun und könnten ruhig die Hände in den Schoos legen, denn jene sind unbeschreiblich elend und bewegen sich nur noch in galvanischen Zuckungen. Um sich Zutrauen zu verschaffen, huldigen sie dem Fortschritte mit dem Munde, während sie ihn im Herzen verabscheuen; sie schmähen die Männer, welche das Volk zu Verteidigern seiner Rechte gewählt hat, und nennen sie Feinde der Regierung. Sie übersehen in leidenschaftlicher Verblendung, daß sie damit die Regierung als den Inbegriff aller Mißbräuche darstellen, welche von den Freunden des Fortschrittes pflichtgemäß bekämpft werden müssen. Auf diese Weise tragen jene Blätter Sorge, sich selbst zu verderben, sie lebten von der Dummheit der Menschen und sie schwinden mit der Ausbildung des Verstandes; wir konnten uns daher in der letzten Zeit nur selten um sie kümmern und dürfen sie ruhig ihrem Schicksale überlassen.

Um so mehr nehmen die wirklichen Zustände der Staatsgesellschaft und die Ereignisse, welche fast mit jedem Tage sich drängen und neue vorbereiten, die allgemeine Aufmerksamkeit und Theilnahme in Anspruch. Ihnen wird daher auch unser Augenmerk hauptsächlich zugewendet sein; wir werden sie betrachten von dem Standpunkte des Bürgers eines deutschen Verfassungsstaates, mit Bezug auf ihre Bedeutung für das engere und das gemeinsame deutsche Vaterland.

Die Rundschau erscheint auch im nächsten Jahre wöchentlich zweimal, jeden Mittwoch und Samstag. Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel. Außerdem nehmen noch die Buchhandlungen von Fr. Fabel in Heidelberg und G. Hoff in Mannheim Bestellungen, Briefe und Anzeigen für die Rundschau an.

Der Preis für das halbe Jahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1847 ist 1 fl. 24 kr., durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen. —

Die Beschwerden der Protestanten in der Pfalz gegen die oberen Kirchenbehörden.

Am 10. November ist von zweihundert und drei angesehenen Männern aus der bayerischen Rheinpfalz, welche der evangelischen Kirche angehören, zu Eckenob eine Recurs- und Beschwerdeschrift wegen Mißbrauch der geistlichen Gewalt und Bitte um landesfürstlichen Schutz mittelst Einberufung einer außerordentlichen Generalsynode unterzeichnet worden. Die Schrift ist zunächst als Manuscript

gedruckt und eine Ausgabe für den Buchhandel wird bei G. Kauler in Landau erscheinen. Der Inhalt ist merkwürdig genug, um in weiteren Kreisen in seinen wesentlichen Zügen bekannt gemacht zu werden. — Die Protestanten der Pfalz bitten nämlich den König um Schutz und Hilfe gegen eine ernste Gefahr, welche in nichts Geringerem besteht, als in der thatsächlichen Aufhebung der Grundsätze der vereinigten Kirche durch die oberste Kirchenbehörde, und in der dadurch hervorgerufenen tief greifenden Mißstimmung der Gemüther, welche sogar zu äußeren Spaltungen und zum Abfall von der kirch-

lichen Gemeinſchaft zu führen droht. Um dies nachzuweiſen, geht die Schrift auf den Grundſatz der ganzen proteſtantiſchen Kirche zurück, daß nur die heilige Schrift allein als Quelle und Norm des chriſtlichen Glaubens gelten dürfe; hiernach erſchien auch die frühere Trennung in die lutheriſche und reformirte Confeſſion nicht angemessen, beide vereinigten ſich, erkannten jede aus der heiligen Schrift gewiſſenbaſt geſchöpfte Ueberzeugung als eine in der Kirche berechnete, und Alle lebten friedlich und brüderlich mit einander. Aber das General- und Oberconſiſtorium war jenem oberſten Grundſatz von Anfang an bis auf den heutigen Tag außerſt abgeneigt; daſſelbe hatte zwar die ſymboliſchen Bücher nicht zur Lehrnorm erheben können, es ſcheiterte an dem Widerſtande der Generalsynoden und nach der Vereinigungsurkunde ſind die Geiſtlichen der vereinigten Kirche bei ihrem Glauben, Lehren und Predigen durchaus an weiter nichts gebunden, als an die heilige Schrift und an den geſetzlich eingeführten Landeskatechiſmus. Aber die Verwaltungswaiſe des Oberconſiſtoriums ſtand und ſteht mit dieſem Grundſatz fortwährend im Widerſpruch. Seit 1833 trat bei dieſer Behörde die ſymboliſche Glaubensrichtung beſonders hervor, und die Geiſtlichen, welche wie früher im Geiſte der vereinigten Kirche wirkten, wurden vielfach gedrückt und zurückgeſetzt. Dadurch war den Schwächeren unter ihnen die Verſuchung zur Unwahrhaftigkeit und Heuchelei ſehr nahe gelegt. Verdächtigungen und Verdammungſucht begannen, und riefen an vielen Orten unſäglich Bitterkeit und Zwietracht hervor. Im Jahre 1836 erſchienen in der Pfalz zwei Räte des Oberconſiſtoriums, um den Zwiefpalt zu vermitteln und die Mißſtimmung zu beruhigen; allein es waren ihnen Vorſchriften mitgegeben, in deren zweiter die höchſt verlegende Erklärung enthalten war, es möge dahin geſtellt bleiben, „ob die Vereinigung auf wirklicher Ueberzeugung, oder auf Berücksichtigung äußerlicher Conventenzen, auf Unglauben oder Indifferentismus beruhe.“ Die Beſchwerden der Geiſtlichen wurden zwar angehört, aber Abhülfe erfolgte nicht. Eine Beſchwerdeſchrift an die Stände von 204 geiſtlichen und weltlichen Mitgliedern der pfälziſchen Synoden im Jahre 1837 wurde zwar für begründet erklärt, kam aber nicht zur Berathung. Die Mißſtände dauerten inzwiſchen fort und nahmen noch täglich zu. Eine Menge junger Geiſtlichen der lutheriſchen Kirche wurden in der Pfalz angeſtellt, ohne der vereinigten Kirche ausdrücklich beizutreten oder auf die Vereinigungsurkunde verpflichtet zu werden; die Studirenden der Theologie ſind nach Erlangen gewieſen, wo die theologiſche Fakultät ſtreng an dem lutheriſchen Lehrbegriffe feſthält und nicht einmal eine Profeſſorſtelle für die vereinigte Kirche in ihrer Mitte dulden will. Das feindſelige Verhalten der ſo gebildeten Geiſtlichen gegen die vereinigte Kirche, in deren Dienſt ſie traten, geſchieht unter dem Schutze und der Gutheiſung der oberen Kirchenbehörden, ja bei der Generalsynode von 1845 ſprach ein Mitglied des Conſiſtoriums, Dr. Ruſt, in einer Amtspredigt ein förmliches Verdammungsurtheil gegen diejenige freiere Glaubensrichtung aus, welche die bei weitem größere Anzahl der geiſtlichen wie weltlichen Mitglieder der vereinigten Kirche theilt, und wozu ſie berechnigt iſt nach dem in der Vereinigungsurkunde ausgeſprochenen Grundſatz: „daß es zum innerſten und heiligſten Weſen des Proteſtantismus gehört, immerfort auf der Bahn wohlgeprüfter Wahrheit und ächt religiöſer Aufklärung mit ungeſtörter Glaubensfreiheit mutbig voranzuschreiten.“ Ungeachtet der allgemeinen Mißſtimmung und des Mißtrauens unter den Pro-

teſtanten der Pfalz fahren die Kirchenbehörden dennoch fort, nur die ſymboliſche Richtung als die wahre anzuerkennen und ſuchen an die Stelle freier ſelbſtändiger Schriftforſchung und ungeſtörter Glaubens- und Lehrfreiheit, Glaubens- und Gewiſſenszwang einzuführen, wie die neueſten Erlaſſe des Oberconſiſtoriums gegen einen Geiſtlichen der freieren Richtung, Pfarrer Franz von Jagenheim, nachweiſen. Obwohl deſſen offen ausgeſprochene Glaubensanſicht weder mit der heiligen Schrift, noch mit dem Landeskatechiſmus, noch mit dem apoſtoliſchen Symbolum in Widerſpruch ſteht, ſo wurde dennoch dieſer Geiſtliche ſeines Glaubens wegen im Amte eingeteilt und mit Abſetzung bedroht, falls er nicht widerrufe. Die Unterzeichner der Vorſtellung aber halten es für ihre heilige Pflicht, gegen dieſe und jede Geiſtesknechtheit mit aller Kraft zu proteſtiren und feierlich Widerſpruch einzulegen gegen jeden Gewiſſenszwang, durch welchen ihre innere Glaubensfreiheit geſtört werden ſoll; ſie ſind Feinde aller religiöſen Zerwürfniſſe und bezwecken lediglich die Erhaltung deſſen, was durch die Vereinigungsurkunde zu ihrem Rechte erhoben wurde. Beſchwert durch Handlungen der geiſtlichen Gewalt gegen die feſtgeſetzte Ordnung machen ſie Gebrauch von einem Rechte, das ihnen die Verfaſſung gibt und bitten um Beſeitigung ihrer Beſchwerden durch Berufung einer Kirchenverſammlung. —

(Auswanderungswesen.) Je maſſenhafter die Auswanderung wird — und ſie ſteigt in ſtarkem Verhältniſſe, — deſto allgemeiner wird die Nothwendigkeit erkannt, dieſelbe zu leiten, dafür zu ſorgen, daß die Auswanderer auf der Reiſe nicht die Beute von Gaunern werden und am Landungsplatze nicht rathlos daſtehen. Wie nothwendig dieſe Fürſorge iſt, dieſes zeigen eine Menge trauriger Berichte über das Schickſal von Auswanderern, welche das Opfer großer Täuſchungen geworden ſind. Was von den Regierungen in dieſer Beziehung geſchehen kann, das beſteht, außer der Aufſtellung von Conſuln in den Ein- und Ausſchiffungsplätzen und gehöriger Anweiſung an dieſelben, den Auswanderern mit Rath und That an die Hand zu gehen, hauptſächlich in der Begünstigung und Ueberwachung von Vereinen oder Unternehmungen zur Leitung der Auswanderungen. Der wichtige Gegenſtand wird von Neujahr an ein eigenes Organ in der Preſſe erhalten. Wir haben den Proſpect und die Probenummer eines Blattes vor uns, welches im Verlage von C. W. Leſke in Darmſtadt von Fr. Haas, Dr. Künzel in Darmſtadt und Dr. Walten in Mainz herausgegeben wird unter dem Titel: Der deutſche Auswanderer, Centralblatt der deutſchen Auswanderung und Colonifirung. Der Proſpect fordert die auf der Erde zerſtreuten Deutſchen auf, das Blatt mit wahrheitsgetreuen Beiträgen zu unterſtützen, und ihm bei denjenigen Eingang zu verſchaffen, welche ſich an der Auswanderung betheiligen, damit ſie zuverlässige Rathgeber, redliche Warnungsſtimmen, menſchenfreundliche Tröſter werden, Unglücksfällen vorbeugen, gute Winke ertheilen und neue Ausſichten eröffnen können. Die Probenummer des Blattes, welches jede Woche in einem Bogen erſcheinen ſoll, enthält den Anfang eines Aufſatzes über das Auswanderungsbedürfniß in Deutſchland und die regelrechte Gliederung deſſelben; ferner eine Mittheilung über die ſchnellſten und beſten Transportwege aus Süd- und Mitteldeutſchland für Auswanderer

nach Amerika, worin namentlich für die den Rhein herab kommenden Antwerpen vorgezogen und die Gesellschaft zum Schutze und zur Beförderung der Auswanderung nach Amerika, unter der Firma: F. Dutendirk und Comp. in Antwerpen gerühmt wird. Von Kassel aus bietet dagegen die Weser-dampfschiffahrt die beste Gelegenheit zur Einschiffung in Bremen. Es folgen sodann: Briefe aus Wisconsin und Galveston, die traurige Geschichte der Auswanderer aus Großjimmern unter der Ueberschrift „die Armenauswanderung auf Gemeindefosten“, Notizen über die Colonisationsunternehmungen einzelner Männer und die Anzeige, daß die gr. hessische Regierung ein Gesuch um Unterstützung und Beförderung des Blattes, namentlich um directe Mittheilungen über das Auswanderungswesen, selbst empfehlend an die deutschen Regierungen befördert habe. Es wäre voreilig, das Blatt nach dieser Probenummer zu beurtheilen; seine Leistungen werden durch die Theilnahme, welche es findet, durch den Gehalt und die Reichhaltigkeit der Beiträge bedingt. Wir haben unserer Seite stets mehr Neigung für diejenigen Bestrebungen, welche es den Deutschen wünschenswerth und angenehm machen, in dem Vaterlande zu bleiben, als für Unternehmungen, welche das Auswandern befördern; allein die Auswanderung ist eine, wenn auch unerfreuliche Thatfache, und kann als solche nicht mit Gleichgültigkeit betrachtet werden. Zu den Einschiffungsplätzen, welche bis jetzt hauptsächlich die einträgliche Menschenfracht an sich zogen, Havre, Liverpool, Antwerpen und Bremen, ist in neuester Zeit auch Hamburg getreten und es scheint insbesondere das Unternehmen des dortigen Handelshauses Christian Mathias Schroeder und Comp. Empfehlung zu verdienen, welche es in Nassau und Gr. Hessen schon gefunden hat, selbst durch Kreisschreiben an die Bürgermeistereien. Dasselbe hat in Verbindung mit Dr. F. Schmidt daselbst die Einrichtung getroffen, nach allen Häfen des amerikanischen Festlandes Schiffe auszurüsten und bemüht sich, tüchtige und rechtlichaffene Agenten in allen Theilen Deutschlands aufzustellen, um die Auswanderer zu beraten und zu festen Preisen Verschiffungscontracte mit denselben abzuschließen.

Briefe.

Mannheim, 3. Dezember. Seit Kurzem ist die Censur der hiesigen Blätter in andere Hände übergegangen und, wie man erfährt, wie auch die weißen Räume zeigen, wird sie in einer Weise geübt, welche an die schlimmsten Tage der Vergangenheit erinnert. Es ist dieser plöbliche unselbige Rückschritt um so auffällender, als man keine Veranlassung dazu kennt und in den Zeitverhältnissen wohl Motive zu einer freieren Bewegung, aber nicht zu einem verschärften Zwange der Presse vorliegen sollte der Fall von Krafau für den Fortschritt in Deutschland ähnliche Folgen haben, wie seiner Zeit Warschau's Fall, so möchte ein stärkerer Gegenstoß, als der Kriegslärm des Herrn Thiers im Jahr 1840, derartige Maßregeln bald als ungeeignet darstellen. Die Theilnahme an den Zuständen der Presse, das Begehren nach ihrer Befreiung von der Censur, sind allgemeiner und lebhafter als je, und die rücksichtslose der öffentlichen Blätter nach altem Etil muß eine Mißstimmung hervorrufen, welche nicht mit Gleichmuth

übersehen werden kann. Zudem sind in unsern Tagen die Mittel und Wege leichter und zugänglicher, um die Gedanken, welche von der Censur unterdrückt werden, in schärfstem Ausdrücke unter das Volk zu bringen. Es ist fast überflüssig, zu bemerken, daß man hinter dieser Verschärfung des Presszwangs wieder äußere Einflüsse sieht, gegen welche das deutsche Volk um so stärker anzukämpfen hat, je verderblicher sie erscheinen.

Vor drei Tagen sah man eine Halbkaife mit Postpferden in schnellstem Laufe durch die Straßen rollen und man erfuhr, daß es der Courier des österreichischen Lloyd war, welcher der von H. Waghorn beförderten indischen Ueberlandpost vorauseilte, um die Hindernisse zu beseitigen, welche bei dem letzten Versuche ihren Lauf von Köln bis Ostende um 24 Stunden verzögerte. Nach englischen Berichten rechnete H. Waghorn darauf, daß die Post am 28. November in London eintreffen könne. Da aber der Courier erst am 30. hier durchkam, so fragt es sich, ob auch diesmal nicht die Route über Marseille den Sieg davon tragen werde. In wenigen Tagen wird man hierüber Gewißheit erhalten; jedenfalls ist es für England von hoher Wichtigkeit, daß der Weg durch Frankreich für die indische Post nicht der einzige sei und bleibe.

Daß die Errichtung einer Bank in Mannheim beschlossen sei und das Finanzministerium sich mit Feststellung der Bedingungen beschäftige, meldet die Kölnische Zeitung; wir können nur wünschen, daß die Nachricht sich bekräftigen und ein Institut bald in das Leben treten möge, welches täglich mehr ein Bedürfnis des Handels und der Industrie wird. — Die Eingabe wegen Umwandlung des Rebloctroi in eine Einkommensteuer ist gestern, mit nahe an 300 Unterschriften versehen, dem Gemeinderath eingereicht worden. Sicherem Vermuthen nach ist noch am nämlichen Tage eine Commission von sechs Mitgliedern vom Gemeinderath und engeren Bürgerausschusse gewählt worden, um den Vorschlag zu begutachten. Ein Gegenstand von solcher Wichtigkeit, worüber die Meinungen so sehr getheilt sind, verlangt eine gründliche Erwägung; für das nächste Jahr würde die Ausführung, selbst im Falle der günstigen und schnellen Erledigung von Seiten der Gemeindebehörde und der ungesäumten Genehmigung der Regierung — was aber in der kurzen Zeit bis zum Jahreschlusse nicht zu erwarten ist — schon darum nicht mehr erfolgen können. Die zur theilweisen Deckung des Ausfalls vorgeschlagene Verminderung des Aufwandes für die Umpflasterung um 5,000 fl. kann nämlich im nächsten Jahre noch nicht eintreten, da die volle Summe von 15,000 fl. bewilligt ist und nach Maßgabe derselben bereits Verträge abgeschlossen sind.

— (Die ostindische Post). Die Redaction der allgemeinen Zeitung schreibt, daß sie die jüngste ostindische Post, mit Berichten aus Bombay bis 2. November, am 30. November um die Mittagsstunde erhalten habe. Diesmal hatte das Dampfboot des österreichischen Lloyd, Ardent, die Fahrt von Alexandria nach Triest in 156 Stunden zurückgelegt. Der Courier des österreichischen Lloyd brauchte von Triest bis Rom nur 36 1/2 Stunden und bis Ulm 43 1/2 Stunden, d. h. 2 1/2 Stunden weniger als im letzten Monat, obgleich er diesmal viel Schnee und sehr schlechte Straßen gefunden hatte. — Am 1. Dezember Morgens 4 Uhr kam derselbe, wie die Rhein- und Moselzeitung berichtet, durch Koblenz.

Verschiedenes.

— In Gurbessen ist verboten — jüdische Soldaten in das Jägerbataillon zuzulassen. Warum? —

— Die Großherzogl. heffische Kammer hat am 24. die Frage wegen der Civilehe zum Nachtheil von Rheinheffen dahin entschieden: daß die kirchliche Trauung als Regel bestimmt, die bürgerliche Trauung nur da gestattet sein soll, wo der Geistliche aus Gründen, welche der Staat nicht anerkennt, die Trauung verweigert. — Der Antrag des Abg. Killian, daß in Rheinheffen das dort bestehende Institut der bürgerlichen Trauung beibehalten werden soll, wurde verworfen.

— In Köln hat die Meisterschaft, ein größtentheils aus Bürgern des Mittelstandes bestehender Verein, eine Einladung zu einer Versammlung erlassen, um zu berathen, was zur Verbesserung der bedrängten Lage so vieler dürftigen Familien geschehen kann und wie die Beschlüsse, über welche man sich vereinbart, am zweckmäßigsten zur Ausführung zu bringen sind.

— Die schleswig'schen Stände haben nach fünfständiger Verhandlung ausgesprochen, daß sie mit der Ansicht ihres Präsidenten einverstanden sind, dem Verlangen des Commissärs, wonach alle Anträge von Mitgliedern erst nach völliger Erledigung der Regierungsvorlagen (d. h. niemals) zur Berathung kommen sollen, nicht stattzugeben.

— Die österreichische Regierung läßt durch den Tilgungsfond Eisenbahnactien aufkaufen, um sie wieder zu veräußern, wenn die Preise gestiegen sein werden. Diese Anordnung hat auf dem Papiermarkte, der sich in traurigem Zustande befindet, einen angenehmen Eindruck gemacht.

— In Koburg ist der lange, verdrießliche Domänenstreit durch ein Gesetz erledigt worden, welches den Beitrag der Domänenkasse zu den Staatsbedürfnissen festsetzt.

— Nach der Nachener Zeitung läge dem preussischen Generalpostamt der Plan zu einem deutschen Postverein vor, welcher zunächst ein gleiches, ermäßigtes Porto für ganz Deutschland bezweckte. Die Hauptschwierigkeit der Durchführung liege in dem theilweisen Verzicht auf die Einnahmen aus dem Postertrag in den verschiedenen Staaten.

— Die allgemeine Zeitung schreibt berichtigend, daß weder Preußen noch Rußland eine Abfindung wegen der Einverleibung Krakaus von Oesterreich erhalten.

— Die Transitgüter, welche vom Rhein auf dem Main eingehen und mittelst des Ludwigskanals auf der Donau ausgehen — oder umgekehrt, sind auf dieser Wasserstraße vom Durchgangszoll befreit worden.

— Der sächsische Finanzminister v. Zeschau hat das Geld, welches er den Winter über für Abendgesellschaften auszugeben pflegte, der Armenkommission eingehändigt. In Dresden würden Viele nicht gern sehen, wenn dieses Beispiel allgemeine Nachahmung fände. Denn, sagt man, wovon sollen den Winter über die Gewerbsleute leben, welche das ganze Jahr für den Luxus der Reichen sorgen?

— Die Wahlen in den Verfassungsrath für den Halbkanton Baselsadt haben nach der schweizerischen Nationalzeitung eine Mehrheit von 61 Liberalen gegen 54 Conservative ergeben. — Die Bürger des Kantons Schaffhausen haben den Antrag auf eine Durchsicht der Verfassung verworfen; der Zweck war, die Verwaltung einfacher und wohl-

feiler zu machen. Die Stadt hatte sich dafür ausgesprochen, aber das Landvolk war dagegen.

— Die württembergischen Stände sollen zu einem außerordentlichen Landtag auf den 3. Januar einberufen werden.

— Der Plan einer Eisenbahn von Verona durch Tyrol nach dem Bodensee (Bregenz) ist, wie die allgemeine Zeitung meldet, von der österreichischen Regierung zurückgewiesen worden. Bekanntlich ist der Grundsatz angenommen, daß die Hauptlinien vom Staat gebant und vor 1850 keine neuen Concessionen für Gesellschaftsbahnen gegeben werden sollen. — Durch die Abweisung der Tyroler Bahn tritt nun die sardinische nach dem Splügen wieder mehr in den Vordergrund, deren Fortsetzung eine Kinzigthalbahn bedingt.

— In einer Mittheilung in der Karlsruher Zeitung über die Vertheilung der für Rechnung des Staates angekauften Früchte, war angegeben, daß im Seekreise kein Niederlagsplatz vorgesehen sei, weil man dort dieser Ausbülfe nicht bedürfe. Hierauf wird in einem Briefe vom Bodensee in der oberrheinischen Zeitung erwidert, daß man diese Angabe kaum begreifen könne, da doch ganze Amtsbezirke auf dem oberen Schwarzwalde ihr Getreide ganz von Außen beziehen; da die Kartoffeln in vielen Gegenden fast gänzlich mißrathen sind und einen solchen Preis haben, daß der Arme seine Hauptnahrung kaum mehr zu erschwingen vermöge. Die Regierung möge deshalb auch dem Seekreise ihre Sorge zuwenden und nicht durch einseitige Berichte sich täuschen lassen.

— Das bei dem Dorfe Wyhlen in einer Gypsgrube aufgefundenene Salzlager soll von der Prüfungscommission für unerheblich erklärt worden sein. Dagegen sollen Bohrversuche bei Grenzach, gegenüber der Saline Schweizerhall, eingeleitet werden, und in der oberrh. Z. wird der Vorschlag gemacht, auch bei dem Orte Beuggen Versuche vorzunehmen, gegenüber zwei neu errichteten Salinen auf Nargauer Gebiet. Dort stehen Domänengüter und Gebäude zur Verfügung und die Eisenbahn von Basel aufwärts wird in der Nähe vorbei ziehen.

— Beide hannoversche Kammern haben bei Berathung des Polizeistrafgesetzes den Antrag auf Verwirklichung des in Art. 18 der Bundesacte verheißenen Pressegesezes einstimmig angenommen.

— In Mainz wird keine öffentliche Carnevalsfeier stattfinden. Die ohnehin gedrückten Zeiten sind durch den Schlag, welchen die Abstimmung der Kammer über die Civilehe der rheinheffischen Gesetzgebung zugefügt hat, zu ernst geworden, um sich der Carnevalsfreuden in gewohnter Weise hingeben zu können.

— Die schleswig'schen Stände haben die Anträge auf eine gemeinschaftliche Verfassung für Schleswig und Holstein und auf den Anschluß Schlewigs an den deutschen Bund mit großer Mehrheit angenommen; der Landtagscommissär hatte gegen die Berathung der Anträge protestirt und sich entfernt.

— Die Karlsruher Z. theilt in Nr. 329 den Entwurf des Gesetzes über Verantwortlichkeit der Staatsbeamten wegen Verfassungsverletzung mit, welcher den Ständen des Herzogthums Sachsen-Koburg-Gotha zur Berathung und Annahme vorliegt. — Vielleicht wird den badischen Ständen nun auch ein solches, so oft und dringend verlangtes Gesetz vorgelegt werden.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.